

Elbkurier

Das offizielle Informationsblatt **CDU Kreisverband Magdeburg**

Seite 2

Kräfte von Stadt und Region bündeln!

Seite 4

Der Abstieg Deutschlands...

Seite 7

Mit überzeugendem Programm...

Seite 8

EU-Erweiterung ist Anlass zu Optimismus

Seite 9

Mit GAJL Ausbluten des Landes stoppen

Seite 10

Jugend zeigt Bock und will mitmischen

Kundgebung Angela Merkel

26.05.2004,
19.30 Uhr
"Alter Markt"

CDU setzt auf Magdeburgs Zukunft



Mit Tatkraft für eine gute Zukunft Magdeburgs! Nicht nur symbolisch, sondern ganz handfest griffen die Vorleute der Magdeburger CDU zum Spaten und pflanzten am 22. April eine Traubenkirsche, damit die Landeshauptstadt auch morgen lebens- und liebenswert ist. Die CDU Magdeburg will sich auch in den nächsten fünf Jahren mit Visionen, Mut und Tatkraft für die Belange im Magdeburger Rathaus einsetzen. Deshalb wählen Sie die Bewerber der CDU. Damit Magdeburg wieder an seine große Vergangenheit anknüpfen kann. Im Bild von links nach rechts: Reinhard Stern (Ratsfraktionschef), Gisela Luding (Kreisgeschäftsführerin), Jürgen Scharf (Kreisvorsitzender) und Reinhard Gurcke (Fraktionsgeschäftsführer).
Foto Birgit Uebe

Will die SPD Spiele statt Brot?

Zum zweiten Mal versucht die SPD der Stadt Magdeburg den Sport, speziell den Fußball, für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Das erste Mal ging es um die Wahl Dr. Trümpers zum OB, als er mit der Präsidentschaft beim 1. FCM Stimmen auf sich zog. Als die Insolvenz anstand, legte er sein Amt nieder. Jetzt wird wieder versucht, mit dem Stadion-Neubau zu suggerieren, dass sich nur die SPD für den

Sport einsetzt. Das ist pure Demagogie. Wir als CDU haben uns immer für die Belange des Sports eingesetzt und auch für ein neues Stadion. Allerdings nicht in dieser finanziellen und Kapazitäts-Dimension. Augenmaß für den Sport und die Bürger unserer Stadt ist dabei unsere Leitlinie. Nicht Brot und Spiele ist das Motto, denn in der jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Lage unserer Stadt stellt sich somit

die Frage nach der Wichtung der Aufgaben, d.h. Spiele und kein Brot? 30 Millionen Euro fürs Stadion, 15 bezahlt die Stadt, für 15 übernimmt sie die Bürgerschaft und damit die volle Verantwortung! Darüber sollten nicht nur die Bürger nachdenken, sondern auch alle Stadträte, wenn sie am 13. Juni die Entscheidung treffen.

Bernd Heynemann
MdB und Stadtrat



Stern: "Die Kräfte von Stadt und Region endlich bündeln!"



Die Zukunft Magdeburgs fest im Blick. Die Stadträte Reinhard Stern und Wigbert Schwenke, MdL im Interview mit Elbkurier-Redakteur Wilfried Köhler.
Fotos: Birgit Uebe

Elbkurier: Die CDU-Fraktion ist bei der letzten Kommunalwahl zur stärksten Fraktion im Magdeburger Stadtrat gewählt worden. Wie schätzt die Fraktionsführung im Rückblick ihre Arbeit ein? Wo konnte sie Akzente setzen? Was klappte nicht?

Reinhard Stern: Wir müssen davon ausgehen, dass Magdeburg traditionell eine Hochburg der Sozialdemokraten ist. Mit 17 von insgesamt 56 Sitzen im Stadtrat und mehr als 30 % der Stimmen wurden wir stärkste Fraktion, aber wir haben keine Mehrheit. Das muss man sehen, wenn man unsere Arbeit beurteilen will.

Elbkurier: Was heißt das für die Kommunalwahlen am 13. Juni?

Wigbert Schwenke: Eine absolute Mehrheit ist unrealistisch, aber wir haben gute Chancen deutlich zuzulegen. Unser Ziel muss es sein, dass gegen die CDU im Stadtrat keine Politik gemacht werden kann.

Elbkurier: Was wollen Sie mit einer gestärkten Ratsfraktion in Magdeburg ändern?

Reinhard Stern: Wir brauchen Veränderungen, die nur mit einer bürgerlichen Mehrheit möglich sind. Wir nehmen für uns in Anspruch, dass wir als CDU die aktivste Fraktion waren. Wir haben die meisten Anträge eingebracht und die Interessen der Bürger aufgegriffen. Diese Arbeit wollen wir mit einem starken Wählervotum fortsetzen.

...in Magdeburg regiert die SPD seit 14 Jahren

Elbkurier: Aber viele Menschen sind sehr unzufrieden mit der politischen Entwicklung...

Reinhard Stern: Ja der Wähler erlebt gerade, was rot-grüne Bundespolitik bewirkt: Praxisgebühren, Hartz IV, Ökosteuer, Gebührenschaube und in Magdeburg mehr als 20.000 Arbeitslose, 30.000 leerstehende Wohnungen, Einwohnerverluste von mehr als 50.000 in den letzten zwölf Jahren, ein Defizit im Haushalt von mehr als 60 Mio. Euro. Das sind die nackten Zahlen für Magdeburg. Und in Magdeburg regiert die SPD seit 14 Jahren. Sowohl der OB als auch die große Mehrheit der Beigeordneten gehören der SPD an. Da haben wir es als CDU natürlich schwer mit unseren Anträgen und Initiativen durchzukommen.

Elbkurier: Was heißt das?

Reinhard Stern: Wenn wir Anträge und Initiativen zur besseren Unterstützung der heimischen Wirtschaft oder zur Konsolidierung des städtischen Haushalts machen, weht uns oft der Wind der rot-roten Stadtratsmehrheit entgegen. Es ist doch in der Vergangenheit oft so gewesen, dass der Oberbürgermeister nur mit unserer Unterstützung eine vernünftige Politik durchsetzen konnte, weil ihm seine eigenen Truppen nicht gefolgt sind.

Elbkurier: Gibt es dafür Beispiele?

Wigbert Schwenke: Selbstverständlich! Den Bau des Allee-Centers hätte es ohne unseren vollen Einsatz nie gegeben. Nur durch einen Antrag der CDU-Fraktion haben wir damals gemeinsam mit OB Polte diesen Magneten in die Innenstadt holen können und damit eine beispiellose Entwicklung in Gang gesetzt, von der alle profitieren.

Elbkurier: Fallen Ihnen noch andere Beispiele ein?

Reinhard Stern: Oder nehmen Sie die Infrastrukturentwicklung der Stadt. Wir sind konsequent für den Ausbau der Knotenpunkte an der B1 mit Tunnellösungen eingetreten. Wir stehen für den Ausbau des Schleunufers, wo wir enorme Widerstände zu überwinden hatten, aber wir sind auch immer für eine gleichgewichtige Entwicklung von ÖPNV und Individualverkehr eingetreten.

Wigbert Schwenke: Das gilt genauso für den Bau des Mülleistungswerkes in Rothensee. Die CDU-Fraktion hat Druck auf die Verwaltung gemacht, damit die TA Siedlungsabfall rechtzeitig umgesetzt und dem Umland ein Angebot gemacht wird. Heute sind wir am Weitesten. Wir bekommen nun die modernste Anlage mit einer Jahreskapazität von vorerst 300.000 Tonnen und perspektivisch von 600.000 Tonnen, schaffen Arbeitsplätze und haben die Chance auf interessante Folgeinvestitionen, etwa durch die Nachnutzung der anfallenden Wärme.

Elbkurier: Das klingt nach einer zufriedenen CDU-Fraktion. Was ist mit den 20 Prozent Arbeitslosen in der Stadt? Die werden das vielleicht anders sehen.

Reinhard Stern: Das ist völlig richtig. Was die wirtschaftliche Entwicklung angeht kann niemand zufrieden sein...

Wir rennen im Rathaus seit Jahren gegen eine Mauer.

Elbkurier: Was hat die CDU auf diesem zentralen Feld konkret getan?

Reinhard Stern: Wir rennen in diesem Punkt im Rathaus seit Jahren gegen eine Mauer. Wir haben schon vor Jahren immer wieder angemahnt, die Wirtschaftsförderung der Stadt schlagkräftig zu machen, damit wir nicht immer zweiter Sieger bei Ansiedlungen in der Region sind. Unsere Initiativen sind dann vor zwei Jahren endlich halbherzig umgesetzt worden. Aber letztlich hat man nur alten Wein in neue Schläuche gefüllt, ohne mit neuen Ideen und neuen Leuten frischen Wind in die städtische Wirtschaftsförderung zu bringen.



Kämpft für eine stärkere CDU im Stadtrat: Reinhard Stern, Fraktionsvorsitzender der CDU im Stadtrat Magdeburg.

Elbkurier: Was fordern Sie vom Oberbürgermeister?

Reinhard Stern: Der OB und seine Mitarbeiter müssen alle Kräfte bündeln. Die Verantwortlichen müssen offen auf die hiesigen Betriebe zugehen. Die Bestandspflege ist einfach mangelhaft und die Runde-Tisch-Gespräche mit der Wirtschaft verlaufen stets im Sand.

Elbkurier: Wo sind Ihre innovativen Vorschläge?

Reinhard Stern: Wir brauchen ein funktionierendes Netzwerk zwischen Politik, Verwaltung, Unternehmen sowie Wissenschaft und Forschung. Alle Kräfte müssen an einem Strang ziehen, damit Magdeburg voran kommt. Hier gibt es viel zu viele Kommunikationsprobleme. Und wir brauchen endlich eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Region Magdeburg. *Fortsetzung Seite 3*

Reinhard Stern und Wigbert Schwenke im Interview

Auch nach der Schaffung der Regionalen Planungsgemeinschaft Magdeburg wird zu sehr das Konkurrenzdenken gepflegt.

Elbkurier: Wieso klappt es mit dem Umland nicht?

Reinhard Stern: Schuld ist das autoritäre Vorgehen der Stadt. Wir brauchen eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, damit sich die Stadt mit ihrem Umland endlich als einheitlicher Wirtschaftsraum begreift, der gemeinsame Interessen zu vertreten hat.

Die Bürger wollen Arbeit, egal ob in Rothensee oder Osterweddingen. Das müssen wir endlich begreifen.

Elbkurier: Was schlagen Sie vor?

Reinhard Stern: Wir schlagen eine gemeinsame Wirtschaftsförderung für die ganze Region vor, z.B. in der Rechtsform einer GmbH. Die Bürger wollen Arbeit, egal ob in Rothensee oder Osterweddingen. Das müssen wir endlich begreifen. Wir haben keine Berührungsängste und würden auch Bürgermeister Wasserthal in die CDU-Fraktion einladen, um mit ihm über die Ausdehnung des Gewerbegebietes in Osterweddingen auf Magdeburger Gebiet zu sprechen.

Elbkurier: Wäre da eine Eingemeindung nicht viel einfacher als mühsame Absprachen?

Wigbert Schwenke: Wir sind für freiwillige Zusammenarbeit und respektieren die Entscheidungen der einzelnen Gemeinden ...

Elbkurier: Ist das nicht zu einfach gedacht? Denken Sie an die geplante Verlagerung der deutsch-französischen Schule von Magdeburg nach Barleben. Hier schließt man Schulen, dort wird mit Steuergeldern eine neue gebaut und die Kinder aus der Stadt auch noch dorthin gekarrt...

Reinhard Stern: Das ist leider richtig! Das ist volkswirtschaftlicher Blödsinn, der von der kommunalen Aufsicht untersagt werden müsste. Magdeburg hat eben



Viele Probleme Magdeburgs schreien nach Lösungen. Die CDU-Ratsfraktion will deshalb die rot-rote Mehrheit im Stadtrat am 13. Juni 2004 brechen.

keine 20 Mio. Euro übrig, um einen Prachtbau zur Verfügung zu stellen.

Elbkurier: Gibt es denn auch Beispiele, wo die Zusammenarbeit mit dem Umland klappt?

Wigbert Schwenke: Ja, bei der Müllentsorgung klappt es prima und auch beim Abwasser mindestens teilweise. Eine Zusammenarbeit liegt im Interesse aller, weil sie sich positiv auf die Gebührentwicklung in der Region auswirkt.

...wir müssen unser Marketing verbessern. Bisher wirbt jede städtische Einrichtung für sich. Das ist Wahnsinn!

Elbkurier: Trotz gewisser Erfolge bleibt noch viel zu tun. Der Jugend steht die ganze Welt offen und sie macht davon Gebrauch. Was wollen Sie in der kommenden Wahlperiode tun, um jungen Menschen in Magdeburg eine Zukunft zu geben?

Reinhard Stern: Es ist uns bisher nicht gelungen, die Absolventen der Uni und der Fachhochschule in der Stadt zu halten. Hier müssen wir ansetzen. Wir müssen die Wirtschaft wie angesprochen weiter entwickeln und wir müssen unser Marketing verbessern. Bisher wirbt jede städtische Einrichtung für sich. Das ist Wahnsinn!

Elbkurier: Was fordert die CDU?

Reinhard Stern: Wir fordern, dass das Dezernat Wirtschaft, die

Stadthallenbetriebsgesellschaft, MMKT, Theater, Pro M und der Elbauenpark gemeinsam für die Stadt werben. Nur so werden wir unser Image verbessern können. Das vielstimmige Chaos ist teuer und ergibt für den Bürger und die Gäste der Stadt kein Bild. Wir müssen endlich die Mittel und die Werbung in eine Hand legen. Seit Jahren fordern wir z.B. für die Sommermonate die einheitliche Vermarktung aller Angebote in einem "Kultursommer", aber da führt in dieser Stadt offenbar kein Weg hin!

Elbkurier: Vielleicht findet Ihre Idee zur 1200 Jahr-Feier im nächsten Jahr Gehör?

Reinhard Stern: Da bin ich nicht optimistisch. Wenn ich sehe, dass die Stadt auf der Internationalen Tourismusbörse vor wenigen Wochen in Berlin nicht einmal für dieses Highlight geworben hat, dann bin ich empört.

Mit uns wird es keine Erhöhung der Grundsteuer und der Hebesätze für die Gewerbesteuer geben.

Elbkurier: Mit welchen Vorschlägen wollen Sie die Stadt attraktiver machen?

Reinhard Stern: Mit uns wird es keine Erhöhung der Grundsteuer und der Hebesätze für die Gewerbesteuer geben. Und was Baugrundstücke angeht, müssen wir alles ausschöpfen, was die Kommunalaufsicht zulässt, um Gewerbeansiedlung und Wohnen

so attraktiv wie möglich zu machen. Wir müssen aber genauso an den Themen Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit dran bleiben. Hier fordern wir, dass der Stadtordnungsdienst auch auf die Abendstunden ausgeweitet wird, damit wilde Müllhalden, Graffiti-Schmierereien und Hundehaufen erst gar nicht zum Problem werden. Auch die verstärkte Videoüberwachung ist für uns kein Tabu.

Elbkurier: Viele Wohnungen stehen leer. Das ist sicher eine Ursache der Verwahrlosung. Was wollen Sie dagegen tun?

Wigbert Schwenke: 30.000 leere Wohnungen in der Stadt sind ein riesiges Problem. Wir haben als erste den Abriss gefordert. Daran kommen wir auch in nächster Zukunft nicht vorbei. Aber wir dürfen die Stadtteile nicht alleine lassen. Auch Reform und Olvenstedt sind mit Hilfe des Landes zu attraktiven Stadtteilen zu entwickeln.

Die Schrumpfung wird sicherlich vor allem in den Neubaugebieten stattfinden.

Elbkurier: Das hört sich gut an. Wie geht das?

Wigbert Schwenke: Die Schrumpfung wird sicherlich vor allem in den Neubaugebieten stattfinden. Das bringt große Folgeprobleme bei Kindergärten und Schulen. Wir müssen aber trotzdem sichern, dass die verbleibenden Bewohner einen lebenswerten Stadtteil vorfinden, mit hohem Wohn- und Freizeitwert und mit generationsübergreifenden Treffs und Einrichtungen.

Reinhard Stern: Deshalb unterstützen wir beide auch ganz persönlich die zentralen Vereine in unseren Wahlbereichen. Wigbert macht als Vorsitzender des Bürgervereins Ottersleben eine tolle Arbeit und ich helfe dem Gewerbeverein Cracau wo ich nur kann, damit die Stadtteile auf die Beine kommen.

Elbkurier: Viel Erfolg bei Ihrem wichtigen kommunalpolitischen Engagement und danke für das Gespräch.

Der Abstieg Deutschlands und die Chefsache Aufbau Ost

Der Aufbau Ost ist gescheitert. Mit solchen Schlagzeilen haben in den letzten Wochen vor allem westdeutsche Magazine und Zeitschriften auf sich aufmerksam gemacht. Und zum Beweis für die fehlgeleiteten Millionen wurde die Tristesse der ostdeutschen Provinz ins Bild gezerrt.

Was steckt hinter diesem publizistischen Großangriff? Letztlich geht's ums Geld - wie so oft. Die Stammtisch-These, in markige Worte gepackt und durch zusammengeschnittene Zahlen scheinbar belegt, lautet schlicht: Der deutsche Osten ist ein Fass ohne Boden, deshalb Schluss mit den horrenden Transfers in die neuen Länder.

Die Wucht der medialen Inszenierung, besonders des "Spiegel" ist beeindruckend und politisch nicht ungefährlich. Doch was ist dran an der These, der kümmerliche Osten ist Schuld an der lahmen westdeutschen Wirtschaft und der gesamten Misere und das habe Einheits-Kanzler Kohl eingebrockt, wie nicht ohne Häme angemerkt wird? Die Botschaft für den kleinen Mann wie den bornierten Linksinтеллекuellen im Westen heißt damit, ohne Einheit keine Probleme und Schuld hat die CDU. Soll so das Weltbild der alten Bundesrepublik in die neue Zeit gerettet werden? In eine Zeit, die es nicht mehr gibt, also rückwärtsgewandt und strukturkonservativ ist?

Der Aufbau Ost ist seit 1990 zweifellos eine große Bürde für die alte Bundesrepublik und eine gewaltige Solidarleistung der Westdeutschen, aber die Ursachen der deutschen Misere sind älter als die deutsche Einheit und wesentlich tiefgreifender. Hier muss angesetzt werden. Die Transfers in den Osten Deutschlands sind gut angelegtes Geld, weil damit in den letzten 14 Jahren eine moderne Infrastruktur und eine hochproduktive und wachsende Industrie aufgebaut wurden - mit großem Engagement vieler Menschen - aus Ost und West.

Die wahre Ursache unserer Probleme ist, die Bilanz des einstigen Medienkanzlers Schröder ist nach

knapp sechs Regierungsjahren mehr als ernüchternd. Das anzuerkennen, dürfte gerade dem linksliberalen Publikum schwer fallen. Seit drei Jahren tritt die deutsche Wirtschaft auf der Stelle, werden Arbeitsplätze massiv abgebaut oder ins Ausland verlagert, laufen die Finanzen völlig aus dem Ruder. Die Bundesregierung verkündet stets den nahenden Aufschwung, aber nirgends entsteht Schwung, keine Aufbruchsstimmung, kein Zukunftsoptimismus! Vielmehr herrschen Leerlauf, Gemurkse, Chaos vor!

Die Folge: die SPD verliert eine Wahl nach der anderen, weil sie die Hoffnungen der Menschen bitterlich enttäuscht hat, rot-grün könne das Land reformieren, ohne dass es weh tut. Das hat sich für Regierende wie Regierte als fürchterlicher Irrtum erwiesen. Auch ein SPD-Kanzler kann an den großen Veränderungen in Deutschland, wie z.B. die Umkehrung der Bevölkerungspyramide, und den globalen Änderungen nicht vorbei. Nur, dass Deutschland noch mal fünf wertvolle Jahre im Wettbewerb verloren hat. Deshalb sind mittlerweile auch fast alle Nachbarländer der EU an Deutschland vorbeigezogen: Frankreich, Großbritannien, Finnland u.a.

Lag das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) 1992 noch 10 Prozent über dem EU-Durchschnitt, so sind wir heute gerade noch auf Durchschnittsniveau der 15 bisherigen Mitgliedstaaten. Andere sind spürbar besser geworden. Sie arbeiten länger, ihre schulische Bildung ist qualifizierter, ihre Steuern und Sozialabgaben sind niedriger, und die meisten Nachbarn haben deutlich mehr Kinder als wir Deutsche.

So hatten 57 Mio. Franzosen in den letzten Jahren mehr Kinder als 82 Mio. Deutsche, einschließlich der zugewanderten Ausländer. Die jetzige Elterngeneration wird damit nur zu etwa zwei Drittel durch eigenen Nachwuchs ersetzt. Eine stabile, nachhaltige Bevölkerungsentwicklung und damit eine solide wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung Deutschlands sind damit



Trotz beachtlicher Investitionen, wie hier in das Wasserstraßenkreuz Magdeburg, kommt das Reformschiff Deutschland nicht in Fahrt und der Aufbau Ost droht auf halber Strecke stecken zu bleiben - trotz des Kanzlers Versprechen, den Aufbau der neuen Länder zur Chefsache zu machen.

Foto Birgit Uebe

schlicht unmöglich. Der Absturz ist quasi vorprogrammiert.

Was ist zu tun? Erfreulicher Weise wird die reißerische Publizistik auch von einer sehr ernsthaften Debatte über Ziel, Richtung und Erfolg von 14 Jahren Aufbau Ost und die nötigen Reformen in Deutschland begleitet. Ein Umdenken hat längst eingesetzt. Aber der Reformbedarf in Deutschland wird trotz Agenda 2010 täglich größer, weil politische und handwerkliche Fehler in Berlin das Reformschiff Deutschland nicht in Fahrt bringen. Kapitän Schröder hat ganz offensichtlich die Übersicht verloren, ja vielleicht sogar resigniert und deshalb das Steuerrad an seinen Ersten Offizier Müntefering übergeben, weil seine Parteisolddaten den Schlingerkurs ihres Kanzlers nicht verstehen und deshalb nicht länger mittragen wollen. Und "Münze" soll's nun richten, wenigstens in der Partei.

Es wäre besser und ehrlicher gewesen, Schröder wäre auch als Kanzler zurückgetreten! Ein Kanzler, der seine eigenen Parteianhänger nicht von seinen Reformen überzeugen kann, wird auch das Volk nicht überzeugen und mitreißen können. Das aber wäre dringend nötig. Ein Kanzler (oder eine Kanzlerin!), der mit echten Visionen den großen Reformwurf wagt und Deutschland ins 21. Jahrhundert

führt, ohne falsche Rücksicht auf Gewerkschaften, Lobbyisten und Parteisekretäre, die noch im Denken des 19. Jahrhunderts verhaftet sind.

Deutschland muss sich mit aller Kraft den Herausforderungen der Globalisierung und Europäisierung stellen. Entweder, wir werden besser, um unseren Wohlstand halten zu können, oder wir werden billiger und akzeptieren Wohlstandsverluste, um im globalen Wettbewerb mithalten zu können. Die Zeiten von mehr Urlaub, kürzerer Arbeitszeit, langen Schul- und Studienzeiten, voller Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Frühverrentung möglichst mit 55 Jahren sind bald Geschichte. 4,6 Mio. Arbeitslose kann sich unser stagnierendes Land nicht länger leisten. Diese Menschen müssen in Lohn und Brot und sei es im sog. Niedriglohnsektor. Es ist besser, die betroffenen Bürger erwirtschaften wenigstens einen Teil ihres Einkommens selbst und haben eine sinnerfüllende Beschäftigung als sie auf Dauer aus dem Erwerbsleben fern zu halten, weil die Regeln unseres Arbeitsmarktes so starr sind. Wir brauchen Deregulierung beim Staat und eine Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt, mit oder ohne die Gewerkschaften, und wieder neuen Mut in eine lebenswerte Zukunft.

Wilfried Köhler

Ruden: "Entscheidung für Investruine Cochstedt überdenken"

Am 20. April hat das Kabinett unter Ministerpräsident Prof. Böhmer das Luftverkehrskonzept des Landes Sachsen-Anhalt beschlossen. Danach will das Land als einzigen Luftverkehrsstandort die mit 45 Millionen Euro von der Höppler-Regierung hinterlassene "Investruine" des Flughafens Cochstedt soweit fördern, dass dort auch der Flugverkehr für die Landeshauptstadt aufgenommen werden kann.

Dagegen wird der mit bester Infrastruktur erreichbare und im Schwerpunkt der potenziellen Passagieraufkommens liegende Flugplatz Magdeburg als nicht förderwürdig eingestuft. Und dies eingedenk der Tatsache, dass in den Flugplatz Magdeburg schon 23 Millionen Euro an Steuergeldern geflossen sind und ein vorhandener Planfeststellungsbeschluss für den weiteren Ausbau nach europäischen Richtlinien vorliegt.

Über die Entwicklung des Standortes Cochstedt zum Luftverkehrszentrum existiert unter Kommunal- und Landespolitikern der CDU alles andere als eine einheitliche Meinung. Die Magdeburger CDU sieht sich nach ihrem jahrelangen Kampf um eine dauerhafte Luftverkehrsbindung der Landeshauptstadt enttäuscht von der eignen Landesregierung. Nach vielen Gesprächen mit dem

Wirtschaftsminister Dr. Rehberger und dem Verkehrsminister Dr. Daehre konnte beiden Ministern nicht vermittelt werden, dass Magdeburg die Förderung für einen stadtnahen und kleinen Geschäftsflughafen mit Zubringerverkehr benötigt.

Alles Bestrebungen der beiden Minister gingen aber dahin, mit dem Ausbau von Cochstedt einen Flugplatz mit internationaler Anbindung zu entwickeln, der sowohl für den Frachtflugverkehr als auch für den Passagierflugverkehr der Landeshauptstadt geeignet sein soll. Daher ist zu fordern:

1. Die Entscheidung zum Verkehrslandeplatz Magdeburg ist von der Entscheidung zum Flughafen Cochstedt zeitlich zu entkoppeln, um den gültigen Planfeststellungsbeschluss zum Verkehrslandeplatz Magdeburg nicht zu gefährden.

2. Das Luftverkehrskonzept wird durch Abstimmungen mit den Ländern Sachsen und Thüringen sowie der Mitteldeutschen Flughafen AG in ein mitteldeutsches Luftverkehrskonzept integriert.

Hauptgegenstand des Luftverkehrskonzeptes für das Land Sachsen-Anhalt ist die Stärkung der Oberzentren des Landes durch Entwicklung von bedarfsgerechten und entwicklungsfähigen Flugverkehrsverbindungen. Damit sollte die Anbindung der

Oberzentren Halle, Magdeburg und Dessau wesentlicher Gegenstand des Luftverkehrskonzeptes sein.

Bei der Luftverkehrsbindung der Oberzentren geht es in erster Linie um die Vorhaltung flexibler und ortsnaher Luftverkehrsangebote für den Geschäfts- und Zubringerflugverkehr.

Für den internationalen Charter- und Linienverkehr existieren Angebote außerhalb der Landes Sachsen-Anhalt mit hinreichender Kapazität und Erreichbarkeit. Insbesondere der mit Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt betriebene Flughafen Leipzig/Halle ist auf das Flugpotential aus Sachsen-Anhalt angewiesen.

Unter diesen Aspekten erscheint das vom Kabinett verabschiedete Luftverkehrskonzept des Landes als durchaus fragwürdig, da für eine Entwicklung von Cochstedt zum Luftverkehrszentrum jedwedes Umfeld auf wirtschaftlichem Sektor und der erforderliche Flugverkehrsbedarf für Fracht und Passagiere fehlt.

Bisher sieht kein Investor Cochstedt als Standort für eine industrielle Entwicklung an, in den er zuerst Millionen für den Kauf der Immobilie und danach Millionen für sein Unternehmen investieren müsste.

Gerhard Ruden, MdL



Anpfiff zur zweiten Halbzeit: CDU-Fraktionschef im Landtag, Jürgen Scharf, lässt sich vom früheren "Schiri" und jetzigem Bundestagsabgeordneten Bernd Heynemann den Ball zum Anstoß geben. Die CDU im Landtag sieht Sachsen-Anhalt nach Jahren der Stagnation wieder auf dem richtigen Weg.

CDU-Magdeburg
im Internet
www.cdu-magdeburg.de



Hochschulstandort Magdeburg sichern und vernetzen

In den letzten Tagen sind die neuen Zahlen für die Zulassung von Studenten an Universität und Hochschule bekannt gemacht worden. Es sind 13 Prozent mehr Studenten als im Vorjahr, die sich für den Hochschulstandort Magdeburg interessieren. Die Zahlen können als ein Ausdruck für unsere Stadt als ein bei Studenten beliebter Standort interpretiert werden.

Magdeburg bietet gute Lehrkräfte, moderne Einrichtungen, einen zentralen Campus und ein vielfältiges Sport- und Freizeitangebot. Damit wird deutlich unterstrichen, welches herausragender Wirtschaftsfaktor unsere Hochschullandschaft darstellt. Die Einrichtungen ziehen Stu-

dierende und Wissenschaftler aus anderen Ländern an und leisten damit einen nicht unwesentlichen Beitrag zur internationalen Verständigung. Die Vielfalt im Angebot ist auch ein Vorteil für unsere Stadt als Hochschulstandort.

Die Hochschulstrukturreform muss diese Dinge berücksichtigen.

Erfolgreich gewachsene technische, geisteswissenschaftliche und musische Kompetenzen und Profil-schärfung ist auch hier als Chance zu sehen.

Die technisch-naturwissenschaftlichen Studiengänge bilden sicherlich eine Priorität, dennoch müssen sie mit den medizinischen und geisteswissenschaftlichen Fächern ein

attraktives Angebot bilden.

Die Musikausbildung ist mit viel Kraft vieler Beteiligten in Magdeburg auf- und ausgebaut worden und hat einen guten Ruf erworben. Magdeburg braucht die Musik in dieser Stadt, die Musikausbildung ist ein wichtiger Kulturfaktor und gehört dazu wie das Zentrum für Telemannpflege- und Forschung und unser Konservatorium.

Ein Rahmenplan, den die Stadt mit der Universität und der Hochschule vereinbart hat, muss endlich mit Leben gefüllt werden. Es gilt eine enge Abstimmung zwischen den Hochschulen und wichtigen kommunalen Projekten zu gewährleisten. Die geplante Entwicklung der

Erweiterung des Universitätsgeländes in Richtung Handelshafen bedürfen dieser engen Zusammenarbeit. Bereits in Magdeburg angesiedelte Forschungseinrichtungen (Experimentelle Fabrik, Max-Planck-Institut u. a.) müssen erweitert werden.

Dafür gibt es nicht nur Flächen, sondern vor allem auch gut ausgebildete Absolventen. Damit schließt sich der Kreis.

Magdeburg hat eine riesen Chance in der Hochschullandschaft der Bundesrepublik, wir müssen allerdings die Vorteile sehen und ausbauen zum Wohle der Stadt.

Reinhard Stern
Fraktionsvorsitzender

Wybrands: "Region Magdeburg hat Potenzial für EU-Exzellenzzentrum"

In den vergangenen Monaten haben unsere fünf Magdeburger Landtagsabgeordneten zahlreiche Unternehmen und Institutionen in der Landeshauptstadt oder im Umland besucht, um sich mit den Chancen wie auch Problemen vor Ort vertraut zu machen. Ein kurzer Abriss des Besuchsprogramms mag die Vielfalt der Themen - aber zugleich die Vielfalt und Stärken unserer Stadt! - verdeutlichen: Firmengespräche im SKL Industriepark, Besuch der Baustelle des Müllheizkraftwerks Rothensee, Nord/LB, Olympiastützpunkt Magdeburg-Halle oder auch das Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg im Technologiepark Ostfalen (Barleben).

Daneben gab es etliche Hintergrund- und Informationsgespräche, beispielsweise zum Verkehrslandeplatz Magdeburg-Süd, zum Sanierungsgebiet Buckau, zu internationalen Beziehungen von Wissenschaft und Wirtschaft (u.a. mit der Ukraine und China). So konnte durch das Engagement von Dieter Steinecke eine hochkarätig besetzte Konferenz zu deutsch-ukrainischen Wirtschafts- und Wissenschaftsbeziehungen nach Magdeburg (11. Juni) geholt werden. Zudem wurden neue Kontakte von Magdeburger Firmen in die frühere Sowjetrepublik geknüpft, die in unserer Stadt und dem Umland Arbeitsplätze sichern oder sogar neue entstehen lassen. In Aussicht steht sogar die Eröffnung des Deutschlandbüros des ukrainischen Wirtschaftsverbandes USPP,



Stellte den Abgeordneten die Erfolgsgeschichte des Innovations- und Gründerzentrums (IGZ) in Barleben vor: Geschäftsführer Dr. Udo Häfke.

der mit über 300.000 Mitgliedsunternehmen etwa 80 Prozent des gesamten ukrainischen Außenhandels abwickelt.

Bei einem Besuch im IGZ Magdeburg in Barleben konnten sich unsere Abgeordneten über die Verbindung von innovativen Ideen und industrieller Praxis informieren. "Die Region Magdeburg hat das Potenzial, künftig als so genanntes EU-Exzellenzzentrum eingestuft zu werden", unterstrich Eva Wybrands, die europapolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion. Ein wichtiger Baustein dabei sei das Innovations- und Gründerzentrum. "Bundesweit gibt es mehr als 300 derartige Technologiezentren, doch das IGZ Magdeburg gehört zu den wenigen, die auch ohne Subventionen leben und dabei hervorragende Leistungen vollbringen", ergänzte Gerhard Ruden.

Geschäftsführer Dr. Udo Häfke

informierte bei einem Rundgang durch das IGZ, dass in den vergangenen 13 Jahren bereits mehr als 100 Ausgründungen mit rund 1500 Arbeitsplätzen erfolgten. "Aktuell haben hier etwa 60 Firmen mit rund 650 Mitarbeitern ihren Sitz", so Häfke. Doch ständig gebe es Veränderungen, beispielsweise weil sich eine Firma vergrößert oder neue Unternehmen einziehen. Viele diese Unternehmen haben bundesweit oder gar international einen hervorragenden Ruf.

Nach Ansicht von Dr. Häfke ist der Maschinenbau auch künftig einer der großen Schwerpunkte der Region. Deshalb investiert das IGZ am traditionellen Standort Magdeburg-Mittagstraße mehr als 20 Millionen Euro in das Produktentwicklungs- und Innovationszentrum PIZ IF Rota. "Neben industrienahen Dienstleistungen, Forschung, Aus- und Weiterbildung soll hier auch aktive Investorenwerbung erfolgen", umriss Häfke das Profil des IGZ-Ablegers. "Und es gibt bereits die ersten Anfragen aus dem Ausland, in deren Folge neue Arbeitsplätze in Magdeburg entstehen werden."

Gespräche mit Vertretern verschiedener Firmen im SKL Industriepark machten aber auch die Schwierigkeiten der innerstädtischen Standorte deutlich: Seit Jahren leiden die Firmen unter der schwierigen Verkehrsanbindung - und mangelnder Kooperation von Seiten des SPD-Oberbürgermeisters. Die Firmen forderten klare Aussagen der Stadt, ob der Standort im Magde-

burger Südosten kurzfristig besser erschlossen wird. Mit Bedauern wurde das Scheitern eines CDU-Antrages zur Verlegung der B 71 im Stadtrat zur Kenntnis genommen. So hat allein das Unternehmen WEC-Turmbau, das Betontürme für enercon-Windräder produziert, im Jahr rund 5000 Schwerlasttransporte, die sich (ohne Ampell!) vom Werksgelände durch Magdeburgs Südosten zur Autobahn A 14 schlängeln.

Beim Besuch im Olympiastützpunkt ließen sich die Abgeordneten von Geschäftsführer Hildebrandt den geplanten Ausbau der Bördelandhalle erläutern (siehe auch Elbkurier 5/2003). Entgegen mancher Presseberichte werde der Ausbau die Stadt kein zusätzliches Geld kosten, versprach Hildebrandt.



Geschäftsführer des Olympiastützpunktes Magdeburg, Bernd-Uwe Hildebrandt: "Medaillen sind die beste Werbung für Magdeburg!"

Stattdessen solle nach dem Umbau (im Jahr 2005) Magdeburg endlich auch als Austragungsort für "große" Events, Showveranstaltungen, internationale Sportwettkämpfe u.ä.m. fungieren, was für die städtische Wirtschaft - insbesondere Handel, Hotellerie und Gastronomie - eine nicht unerhebliche Stärkung bedeuten würde. Mit Blick auf die olympischen Sommerspiele in Athen wagte der "Chef" unserer Olympiakader auch eine Prognose: mindestens 15 Sportler aus Magdeburg sollten die Qualifikation ins Nationalteam schaffen und nach Möglichkeit ein gutes Dutzend Medaillen erringen. "Das ist die beste Werbung für Magdeburg und unser Land", sagte Hildebrandt.

Thomas Nawrath



Die Landtagsabgeordneten Dieter Steinecke (Bildmitte) und Eva Wybrands (rechts) informierten sich bei Firmen und Institutionen in der Region.
Fotos: Birgit Uebe

Jürgen Scharf: "Wir ziehen mit überzeugendem Programm und guten Kandidaten in den Wahlkampf"



Die Verabschiedung des Wahlprogramms für die Kommunalwahlen am 13. Juni standen im Vordergrund der Kreismitgliederversammlung. Foto: T. Krull

"Die Menschen in Deutschland und Magdeburg haben eine bessere Politik verdient", sagte CDU-Kreisvorsitzender Jürgen Scharf zur Einstimmung der Gesamtmembersammlung am 13. März im Ramada-Hotel. Dagegen sei in Sachsen-Anhalt der Klimawechsel erreicht worden, obwohl "die schlechte Politik in ganz Deutschland uns das Leben schwer macht".

Die von der CDU geführte Landes-

regierung habe in Sachsen-Anhalt zwei erfolgreiche Investitionserleichterungsgesetze auf den Weg gebracht, die Landesverwaltung "umgepflügt", Schulen und Hochschulen auf neue Grundlagen gestellt. Naturschutzgesetz, Wassergesetz, Katastrophenschutzgesetz usw. stehen kurz vor der Beschlussfassung. Das Gesetz zur Qualifizierung der Verwaltungsgemeinschaften werde umgesetzt und noch vor der Kom-

munalwahl werde ein Leitbild zur Kreisgebietsreform einschließlich der Behandlung der Stadt-Umland-Problematik vorgelegt, erläuterte Scharf die positive Halbjahresbilanz von Landesregierung und Landtag vor etwa 100 Mitgliedern seiner Partei.

Hinsichtlich der Kommunalwahlen am 13. Juni sah der Kreisvorsitzende die CDU Magdeburg auf einem erfolgreichen Weg. Nach der Verabschiedung eines glaubhaften und pfiffig formulierten Programms komme es jetzt auf die richtige Präsentation der Persönlichkeiten an. "Außerdem spricht der Trend für uns!" meinte Jürgen Scharf und bezog sich dabei auf Meinungsumfragen der Zeitungen. Dies spreche für eine sachbezogene und erfolgreiche Arbeit der Landes-CDU.

Scharf charakterisierte die CDU als eine Programmpartei mit einem intellektuellen Anspruch, die nicht eine partikuläre Initiative sei,

die sich auf ein enges soziologisches Klientel beziehe. "Wir sind Volkspartei und wollen es bleiben!" unterstrich der Fraktionschef der Union im Landtag. "Deshalb wollen wir weiter den Wege der Mitte gehen und müssen die Mitte glaubhaft besetzen." Klassenkampfpapieren hätten bei der CDU ebenso wenig zu suchen wie eine zügelloser Kapitalismus. Die CDU habe Platz für Arbeitnehmer und Unternehmer, für Frauen und Männer, für Jugendliche und Senioren. Die CDU müsse daher aber auch den Kompromiss innerhalb ihrer Reihen suchen und nicht wie andere soziologische Spezialparteien in kantigen, aber letztlich unverantwortbaren Formulierungen verlieren. Jürgen Scharf dankte Reinhard Stern für die erfolgreiche inhaltliche Vorbereitung des Kommunalwahlkampfes. Dies wäre jedoch nicht möglich gewesen ohne die breite Arbeit...

Fortsetzung Seite 8

Rasch Reinigungs- und Dienstleistungs G m b H

- Containerdienst
- Kehrmaschinenverleih
- Baustellenreinigung
- Entrümpelung

Tel. 0391 2447777

39126 Magdeburg, Klosterkamp 1, Fax 0391 2447744

Unser Fertigungsprogramm:

- ◆ Anlagen für Schüttguttransport
- ◆ Gurtbandförderer
- ◆ Wellkantenförderer
- Projektierung, Konstruktion, Fertigung und Montage
- ◆ Elektrohydraulische Hubarbeitsbühnen

Unser Serviceprogramm:

- ◆ Vermietung von Gurtbandförderern Länge 3-15 Meter, mit und ohne Fahrgestell
- ◆ Reparatur und UVV-Prüfung (n. VBG 14) von Hubarbeitsbühnen
- ◆ Lohnfertigung (Plasmaschneiden, Biegen, Schweißen, mechanische Bearbeitung)

ABP 

MASCHINENBAU GMBH

Nonnenwerder 9, 39126 Magdeburg

Telefon: 0391 244540

Telefax: 0391 2445422

www.abp-maschinenbau.de

Fortsetzung: Wir ziehen mit überzeugendem Programm und guten Kandidaten in den Wahlkampf

...der Fachausschüsse, Ortsverbände, der Programmkommission, der Vereinigungen und letztlich auch der Mitglieder des Kreisvorstandes.

Hinsichtlich der öffentlichen Darstellung der Kreispartei sah Scharf durchaus Verbesserungsbedarf. "Nicht die Tatsachen sind

entscheidend, sondern wie die Menschen die Tatsachen interpretieren ist entscheidend. Alles muss durch die Köpfe durch. Daher ist die Öffentlichkeitsarbeit ein Schlüssel für unseren Erfolg", legte er dar. Die Berichterstattung der Volksstimme sei dabei völlig unbefriedigend, weil oft ein-

seitig, kritisierte er. Dennoch machte Scharf seinen Zuhörern Mut, da "die Kandidaten stimmen und wir ein gutes Programm haben." Als Wahlziel formulierte er erneut 30 Prozent plus X und wieder stärkste Ratsfraktion werden.

wik

Das ausführliche Wahlprogramm kann bei der Kreisgeschäftsstelle, Hegelstr. 23, 39104 Magdeburg abgefordert oder im Internet unter www.cdu-magdeburg.de eingesehen werden.

Erweiterung der EU ist Anlass zu Optimismus

Am 01. Mai traten zehn neue Länder der Europäischen Union bei. Acht dieser Länder befanden sich noch vor 15 Jahren unter dem Joch totalitärer Regime, eines militärischen Zwangsbündnisses und einer wirtschaftlichen Zwangsgemeinschaft. Der jahrzehntelange Kampf der Beitrittsländer, geprägt von Solidarnosc, Charta 77 oder der Bereitschaft Ungarns, 1989 die Grenzen zu öffnen, war Grundlage für diese einzigartige Entwicklung in Europa.

Über viele Jahre wurde in mähse-

ligen Verhandlungen um den Beitritt der neuen Mitglieder gerungen, letztlich mit Erfolg. Ost-West-Gegensätze gehören in diesem Europa nun der Vergangenheit an. Die friedliche Demokratisierung in den Beitrittsländern und der wirtschaftliche Neubeginn lassen uns in eine positive Zukunft schauen: In die Zukunft eines friedlichen und geeinten Europas. Wir stehen an einer historisch einmaligen Schwelle, die uns mit Optimismus erfüllen sollte.

Nichts wird mehr so sein wir

zuvor: Die Union erweitert sich um fast 75 Millionen Bürger und zählt künftig 453 Millionen Menschen. Erst mit dieser Erweiterung kann in Europa zusammenwachsen, was kulturell, politisch, ökonomisch und auch nachbarschaftlich zusammengehört.

Es gibt auch Sorgen und Vorbehalte vieler Menschen in der alten EU, die in wirtschaftlich schwieriger und unsicherer Zeit eher Risiken und Startschwierigkeiten als die vielfältigen Chancen erkennen. Es ist an uns, diese Chancen aufzuzeigen, aufeinander

zuzugehen und letztlich diese Chancen, die die Zukunft bietet, auch zu nutzen. Von der Erweiterung werden schon bald die alten und die neuen EU-Länder profitieren.

Gemeinsam werden wir den europäischen Reformstau überwinden und Strukturen verändern können. Gemeinsam werden wir aber auch die Union vertiefen und Europa zu einem verantwortlichen Partner in Krisenzeiten und in einer unruhigen Welt machen.

Alexandra Mehnert

Kandidatin für EU-Parlament

harzdruckerei
wernigerode

BEI DRUCKEN

max-planck-straße	12/14
38855	wernigerode
fon	0 39 43/54 24 - 0
fax	0 39 43/54 24 - 99
mail	info@harzdruck.de
net	www.harzdruck.de

dreifach genießen

Flair

direkt
besuchen sie uns

geschenkt
nutzen sie unsere gutscheine und verschenken sie diesen genuß

zu haus
mit unserem partyservice können sie ihr flair zu haus genießen

www.cafe-flair.de

café flair breitenweg 21 • mtel 0391-561 89 55

mo - do 8:30 bis 1:00 uhr • fr - sa 8:30 bis 2:00 uhr • so 10:00 bis 1:00 uhr

Mit GAJL-Projekt Ausbluten des Landes stoppen



Die Landtagsabgeordnete Eva Wybrands übergibt den Staffelstab an Dr. Reiner Haseloff, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit - damit wird das GAJL-Projekt landesweit angeboten.

Welches Land würde freiwillig auf seine Rohstoffe verzichten? Welcher kluge Unternehmer würde seine Patente verschenken? Unsere einzige Chance für unser Land und eine dauerhafte wirtschaftlichen Stabilität ist eine gut ausgebildete und leistungsorientierte Jugend! Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die Abwanderung unserer Jugend gestoppt wird. Wenn wir nicht gegensteuern, werden wir schon in

6 Jahren knapp 2 Drittel weniger junge Menschen in der Altersgruppe der 15-20 jährigen unter uns haben. Das Ausbluten Sachsen-Anhalts muss schnellstens ein Ende haben. Während andere Politiker noch Statistiken auswerten und darüber reden, hat die CDU Sachsen-Anhalt bereits gehandelt.

Genau vor 100 Tagen konnte Eva Wybrands ein Modellprojekt aus der Taufe heben, das sich gegen die Abwanderung junger Landeskiner (GAJL) wendet. In einer noch nie dagewesenen engen Zusammenarbeit von Politikern, Behörden, Bildungsträgern und Unternehmen konnten in 100 Tagen 100 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Am 27. April wurde die Modellphase beendet, und die erfolgreiche Projektidee wird nun landesweit durchgeführt werden, so dass junge Menschen in ganz Sachsen-Anhalt diese Unterstützung erhalten können. Finanzierbar ist dieses Projekt neben den Mitteln der Arbeitsverwaltung durch eine Umstrukturie-

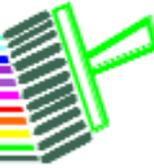
rung der europäischen Mittel. "Wir haben die Finanzmittel streng unter das Motto der Nachhaltigkeit gestellt. Die Finanzhilfen der EU müssen bei uns zur dauerhaften Verbesserung unserer Situation eingesetzt werden, sie dürfen nicht verplempert werden," so Eva

Wybrands, europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag. "Wenn Fördermittel aus der EU Sinn machen, dann doch wohl bei der Unterstützung unserer arbeitslosen Jugend." Entstanden ist die Projektidee in der Frauen-Union Sachsen-Anhalt. *Eva Wybrands*



Reinhard Stern im Gespräch mit den Hauseigentümern am 26. April. Die CDU war als einzige Fraktion der Einladung des Vereins Haus und Grund Magdeburg gefolgt, um mit den Vereinsmitgliedern die aktuellen Fragen zu diskutieren. Der einstündige Dialog reichte vom Stadumbau Ost über die überzogenen Standards beim Ausbau von Wohnstraßen bis hin zu Graffiti-Schmierereien an vielen Häusern und öffentlichen Bauten. Stern sprach sich dabei vor allem gegen eine Erhöhung der Grundsteuern in Magdeburg aus. *Foto: Tobias Krull*

Malermeister UWE RUNGE





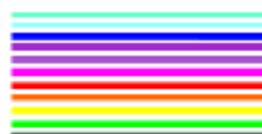
⇒ Maler- und Tapezierarbeiten

⇒ kreative Wandgestaltung

⇒ Restauration im Handwerk

und vieles mehr

39116 Magdeburg
Frankefelde 15
Telefon: 0391 6313418
Telefax: 0391 6313413
E-Mail: malerfirma@uwe-runge.de
Internet: www.uwe-runge.de



Marion Sydow Kosmetiksalon

Schönheitspflege mit Pflanzenextrakten von Phytis	60 min 26 €
Schönheitspflege mit hochprozentiger Aloe Vera	60 min 30 €
Hemerkosmetikbehandlung	60 min 26 €
Ayurvedische Ganzkörpermassage	60 min 50 €
Schönheitstag + 6 Stunden-Verwöhnprogramm	99 €

weitere Wellness-, Intensiv-, Spezial- und Kurbehandlungen sowie Maniküre und Pediküre auf Nachfrage



staatl. geprüfte Kosmetikerin, Bunter Weg 2, 39116 Magdeburg
 Tel 0391 6226894, Öffnungszeiten: Mo - Fr 10:00 bis 20:00 Uhr

Termine**Mai**

Ortsverband Ostelbien
19.05.2004, 19.00 Uhr
 Bürgerzentrum Cracau, mit
 Innenminister Klaus Jeziorsky

Ortsverband
 Am Neustädter Feld
25.05.2004, 19.30 Uhr
 Gaststätte "Nord West"

Ov Diesdorf/Lindenweiler
25.05.2004, 19.00 Uhr
 Gaststätte "Zum Lindenweiler",
 Vogelbreite

Angela Merkel
 spricht auf dem "Alten Markt"
26.05.2004, 19.30 Uhr

Ortsverband Nord
26.05.2004, 19.30 Uhr
 Cafe Nordlicht

Ost- und
 Mitteldeutsche Vereinigung
26.05.2004, 18.00 Uhr
 Beratungsraum der
 CDU-Landesgeschäftsstelle

**Die Wahlstammtische der
 Volkstimme-Lokalredaktion:**
 Montag, **17. Mai**, 19.00 Uhr
 Thema: Kultur/Sport/Schule/Uni

Mittwoch, **26. Mai** oder Don-
 nerstag, **27. Mai**, 19.00 Uhr
 Thema:
 Ordnung/Sicherheit/Umwelt

Juni

Ortsverband Olvenstedt
09.06.2004, 15.00 Uhr
 Eröffnung Fotoausstellung
 im Bürgerbüro von
 Gerhard Ruden, MdL
 Bruno-Beye-Ring 3

Kommunal- und Europawahl
13.06.2004, 18.00 Uhr
 Wahlparty

Ortsverband
 Diesdorf/Lindenweiler
15.06.2004, 19.00 Uhr
 Torkrug oder
 Gutti's Partyservice

Ortsverband
 Am Neustädter Feld
22.06.2004, 19.30 Uhr
 Gaststätte "Nord West"

Ortsverband Nord
23.06.2004, 19.30 Uhr
 Cafe Nordlicht

Ost- und Mitteld. Vereinigung
30.06.2004, 18.00 Uhr
 CDU-Landesgeschäftsstelle

Jugend zeigt Bock und will mitmischen

Die Kinder und Jugendlichen von heute eine Nullbockgeneration? Häufig hört man solche Meinungsäußerungen. Doch entspricht diese Aussage auch der Realität? In diesem Beitrag sollen zwei Beispiele aufgezeigt werden, die das Gegenteil beweisen.

Am 06. März diesen Jahres fand die Sitzung Jugend im Stadtrat in der Aula der Volkshochschule Magdeburg statt. Bereits zum drittenmal beschäftigten sich Kinder und Jugendliche in diesem Rahmen mit aktuellen Themen und kommunalpolitischen Dauerbrennern.

Insgesamt waren über 90 Jugendliche dabei, darunter 10 Mitglieder der Jungen Union. Das in den gestellten Anträgen und Anfragen behandelte Themenspektrum reichte von der notwendigen Dachsanierung bei der Jugendfreizeiteinrichtung OASE bis zur Verbesserung des Nachtverkehrsangebotes der MVB.

Die anwesenden Stadratsmitglieder zeigten sich von der guten Sitzungsvorbereitung und dem Ablauf der eigentlichen Sitzung beeindruckt. In seinem Schlusswort dankte der Stadtratsvorsitzende Gerhard Heil für die Sitzungsdisziplin und nannte sie durchaus beispielgebend für die "echten" Stadträtinnen und Stadträte.

Alle gestellten Anträge und Anfragen



werden durch die Stadtverwaltung bearbeitet und in den Ausschüssen und im Stadtrat selbst beraten. Selbstverständlich werden in diesen Prozess auch die Teilnehmer der Sitzung Jugend im Stadtrat einbezogen.

Nur wenige Tage später am 18.03.04 wurde das Jugendforum Magdeburg offiziell gegründet. Mit diesem Projekt soll den jungen Magdeburgerinnen und Magdeburgern eine Möglichkeit gegeben werden, ihre Interessen mit organisatorischer Unterstützung gezielter zu vertreten. Das Vorhaben wird von Seiten des Landes im Rahmen der Partizipationskampagne Get-Up! und der Landeshauptstadt finanziell unterstützt. Der neugewählte Vorstand will sich aber nicht nur mit kommunalpolitischen Themen beschäftigen, sondern auch durchaus bei der Organi-

sation von Partys behilflich sein. Bei der offiziellen Eröffnung der Räumlichkeiten des Jugendforums am 02.04. diesen Jahres waren neben der Verwaltungsspitze Mitglieder der CDU-Ratsfraktion und der Jungen Union Magdeburg anwesend und gratulierten den Aktiven zum erfolgreichen Start ihres Projekts.

Die CDU Magdeburg unterstützt ausdrücklich solche Vorhaben. Das beweist sie auch unter anderem durch die aktive Mitarbeit in den Vorbereitungsgremien für die beiden vorgestellten Projekte. Weitere Informationen zum Jugendforum finden sich im Internet unter folgender Adresse www.jugendforum-md.de oder sind unter **Tel. 0391 2448715** zu erfragen.

Tobias Krull

CDU-Stadtrat, Mitglied der Vorbereitungsgruppe Jugend im Stadtrat

Junge Union schnupperte kommunalpolitische Luft



Im März diesen Jahres besuchte eine Gruppe von Mitgliedern der Jungen Union Magdeburg die Sitzung des Magdeburger Stadtrates in den Räumen des sachsen-anhaltischen Landtages. Fast alle Teilnehmer hatten bereits durch die Sitzung Jugend

im Stadtrat einen wenig kommunalpolitische Luft schnuppern können. Jetzt wollten Sie beobachten, wie sich denn die gewählten Volksvertreter so in ihren Sitzungen verhalten. Der Besuch sollte aber nicht nur einen Einblick in das tatsächliche

Geschehen während einer Ratssitzung vermitteln, sondern diente auch zur Vorbereitung der anstehenden Kommunalwahlen am 13.06. diesen Jahres. Insgesamt sind 10 Mitglieder der Jungen Union auf den Wahllisten der CDU in Magdeburg zu finden. Damit bestehen gute Chancen, dass der eine oder andere jüngere Bewerber ins Magdeburger "Stadtparlament" einzieht.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Reinhard Stern, nahm sich am Rande der Sitzung die Zeit, sich ausführlich mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen über den Sitzungsablauf, die zu beachtenden Formalien und die Inhalte der kommunalpolitischen Arbeit auszutauschen. *Fotos + Text Tobias Krull*

CDU-Stadtrat

Vom Stasi-Knast zum Bundestag

Wie arbeitet das höchste Parlament der Republik? Wie läuft das politische Geschäft in Berlin? Antworten auf diese und ähnliche Fragen gab die Bundesgeschäftsstelle der CDU kürzlich einer Gruppe von politisch Interessierten aus Magdeburg und Umgebung im Rahmen einer zweitägigen Informationsreise, die sie auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Bernd Heynemann in die Bundeshauptstadt führte.

Ziel der Reise war es, Einblicke in die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages sowie die verschie-



Konnten die Politik hautnah erleben: Besuchergruppe auf Einladung Bernd Heynemanns in Berlin.

denen Regierungsgremien zu vermitteln. Ein Besuch in der Landes-

vertretung Sachsen-Anhalts gehörte ebenso zum Programm wie ein Besuch des Bundesrates und der Bundesgeschäftsstelle der CDU. Nach der Besichtigung gab es sehr interessante Informationsgespräche zu den Aufgaben und der Arbeitsweise dieser Einrichtungen. Der zweite Tag begann mit der Besichtigung der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen. Für einige Teilnehmer ein besonders schmerzliches Reiseziel, da sie in ihrer Vergangenheit sehr persön-

che Erfahrungen mit der Staatssicherheit machen mussten und diese nun wieder in die Erinnerung gerufen wurden.

Höhepunkt und Abschluss der Informationsreise war natürlich der Besuch des Bundestages selbst. Hier hatten die Teilnehmer dann auch die Möglichkeit, an einer Plenarsitzung im Reichstag teilzunehmen. Im Anschluss daran gab das Mitglied des Bundestages, Bernd Heynemann, Einblicke in seine Tätigkeit und stand Rede und Antwort zu interessierenden Fragen.

Gerhard Häusler

Der Hansehafen wird trotz Rot-Grün ausgebaut

Mit Verwunderung habe ich in einem veröffentlichten Zeitungsartikel zur Kenntnis genommen, dass durch den Einsatz des MdB Dr. Küster (SPD) das Projekt Hansehafen auf den Weg gebracht wurde. Er meint, dass durch eine "gemeinsame Kraftanstrengung der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung in Magdeburg" dies möglich gemacht wer-

den konnte.

Dann aber bitteschön auch Ross und Reiter benennen: Die CDU - Ratsfraktion hat sich vehement dieses Themas angenommen und mich als MdB beauftragt, im Verkehrsausschuss des Bundestages zu dieser Problematik nachzufassen. Da alle Mittel für den Wasserstraßenbau durch Rot-Grün auf Grund der gescheiterten

Maut-Politik gestoppt wurden, ist es schon von beträchtlicher "Größe", dass sich Herr Dr. Küster jetzt als Gönner hinstellt und durch seine "Intervention" dieses Projekt in die Gänge brachte. Er sollte sich besser mit seinem Chaos-Minister Stolpe auseinandersetzen, der außerdem auch Beauftragter Ost der Bundesregierung ist. Nicht nur bei

der Mauteinführung sondern auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen des Ostens bleibt Stolpe und die Bundesregierung ideen- und erfolglos. Die überfällige Korrektur selbstverschuldeter Fehler als eine Wohltat von Rot-Grün zu verkaufen ist weder politisch gekonnt noch glaubhaft.

Bernd Heynemann, MdB

BADEN WIE DIE GÖTTER



Heizung- & Sanitärtechnik
Solaranlagen- & Lüftungsbau

S

Jörg Lustnetz

Installateurmeister

Adolfstr. 3
39122 Magdeburg
Tel. 0391 4048738
Fax 0391 4048739
Funk 0177 2328644

E-Mail: lustnetz@t-online.de, Internet: www.lustnetz.de



Lutz Mittendorf

Schädlingsbekämpfung, Holz- und Bautenschutz

- ⇒ Schädlingsbekämpfung
- ⇒ HACCP Lebensmittelhygieneschulung
- ⇒ Desinfektion
- ⇒ Schimmelbekämpfung
- ⇒ Holzschutzgutachten
- ⇒ Holzschutz
- ⇒ Schwammsanierung
- ⇒ Taubenabwehr

Rufen Sie uns an,
wir finden eine Lösung!

I emersleber Weg 67
39112 Magdeburg

Tel 0391 6239721
Fax 0391 6230246

I lutz.mittendorf@t-online.de www.lutz.mittendorf.md.de



Rentnerinnen und Rentner müssen mit weniger Geld auskommen

Was den Betroffenen wie ein übler April-Scherz vorkommen mag, ist für viele dennoch bittere Realität: Die rund 19 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland müssen mit weniger Geld auskommen. Jetzt habe man das Ergebnis, dass es wegen des "gleichzeitigen Zusammentreffens vieler Eingriffe zu einer Überbelastung" der Ruheständler komme, erklärte Fraktionsvize Horst Seehofer im WDR 5. Die Neuregelungen sehen vor, dass die Rentnerinnen und Rentner den Beitrag zur Pflegeversicherung von jetzt an alleine tragen müssen. Bisher hatten sich Rentenversicherer und Rentner den Beitrag geteilt. Hier finden Sie die Neuregelungen für Rentnerinnen und Rentner seit 1. April 2004.

Rentenanpassung

In diesem Jahr fällt die übliche Rentenanpassung zum 1. Juli aus. Die Renten werden 2004 also nicht wie gewohnt an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung angeglichen und entsprechend erhöht. Erst im Jahr 2005 soll wieder eine Anpassung erfolgen. Sie wird jedoch deutlich geringer ausfallen als bisher. Im Osten gibt es dann 0,61 Prozent

und im Westen 0,38 Prozent mehr Rente. Zum Vergleich: 2003 lag die Erhöhung bei 1,19 (Ost) und 1,04 Prozent (West).

Quelle: Leipziger Volkszeitung, 31.03.2004, S. 8.

Voller

Pflegeversicherungsbeitrag

Ab 1. April müssen die Rentnerinnen und Rentner den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung zahlen. Statt wie bisher 0,85 Prozent werden ihnen jetzt 1,7 Prozent von der Bruttorente abgezogen.

Beispielrechnungen:

Bei einer Bruttorente von monatlich 800,- Euro reduziert sich die Rente um 6,80 Euro. Bei einer Bruttorente von 1000 Euro sinkt die Rente um 8,50 Euro. Bei einer Bruttorente von 1.200,- Euro im Monat sinkt die Rente um 10,20 Euro.

Quelle: BMGS, VDR

Krankenversicherung

Ändern sich die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, wird dies künftig schneller an die Rentner weitergegeben. Erfolgte die Anpassung bislang einmal im Jahr zum 1. Juli, so findet sie künftig alle drei Monate statt. Pferdefuß: Sinken die Beiträge, profitieren die Rentnerinnen und Rentner schneller davon. Müssen die Krankenkassen

die Beiträge jedoch erhöhen, müssen die Rentnerinnen und Rentner auch früher tiefer in die Tasche greifen.

Die Neuregelung führt also dazu, dass der am 1. Januar 2004 geltende Beitragssatz zum 1. April 2004 berücksichtigt werden muss. Da zwölf Krankenkassen zum 1. Januar ihre Beitragssätze gesenkt haben, kommen zum 1. April 2004 ca. 5 Mio. Rentner auf diese Weise zu Entlastungen. Bei den meisten Krankenkassen ist der Krankenversicherungsbeitrag für die Rentner unverändert geblieben, so dass sich insoweit für ca. 13 Mio. Rentner nichts verändert. Bei rund 100 Krankenkassen wurde der Beitragssatz angehoben. Für die hiervon betroffenen rund 1 Mio. Rentner kommt es dadurch zu einer weiteren Mehrbelastung - zusätzlich zu den höheren Pflegeversicherungsbeiträgen.

Quelle: VDR

Rentenauszahlung einen Bankarbeitstag später bei Bestandsrentnern

Ebenfalls ab April 2004 werden die Renten an alle bisherigen Rentnerinnen und Rentner am letzten Bankarbeitstag des Vormonats ausgezahlt und überwiesen, statt wie bisher am vorletzten. Für den Monat April wird die

Rente also am 31. März gezahlt. Beim Wechsel der Rentenart bei Bestandsrentnern, beispielsweise von der Erwerbsminderungsrente zur Altersrente, ändert sich an der Auszahlungsweise nichts. Quelle: Leipziger Volkszeitung, 31.03.2004, S. 8.

Neurentnerinnen und Neurentner erhalten ihre Rente erst am Monatsende

Neurentnerinnen und Neurentner, deren Renteneintritt im April 2004 oder später beginnt, bekommen ihre Rente erst am Monatsende für den laufenden Bezugsmonat ausgezahlt. Wer also ab April Rentner ist, kann erst Ende April über sein Geld verfügen.

Quelle: Leipziger Volkszeitung, 31.03.2004, S. 8.

Hinzuverdienst

Wer eine Erwerbsminderungsrente bezieht und nebenbei etwas Geld verdienen möchte, für den ändert sich die Hinzuverdienstprüfung. Bislang wurden die Einkünfte den Hinzuverdienstgrenzen tagegenau gegenübergestellt. Seit Anfang des Jahres erfolgt der Abgleich bezogen auf den einzelnen Monat. Davon sollen vor allem Rentnerinnen und Rentner profitieren, die nur gelegentlich, stundenweise arbeiten.



Herzliche Glückwünsche

April: Irmgard Heyde zum 85. Geburtstag
Horst Rogat zum 84. Geburtstag
Melitta Schleh zu 83. Geburtstag
Hilde Rogat zum 80. Geburtstag
Fauke Steinbömer zum 72. Geburtstag
Horst Hollubetz 71. Geburtstag
Dr. Werner Fiedler zum 67. Geburtstag
Hans-Albert Didszonat zum 66. Geburtstag

Mai: Magdalena Ruden zum 82. Geburtstag
Günter Hoff zum 76. Geburtstag
Günter Szomm zum 69. Geburtstag
Wolfgang Rausch zum 66. Geburtstag
Dr. Christoff Gastmann zum 65. Geburtstag

Juni: Sanitätsrat Heinz Peters zum 89. Geburtstag
Kurt Stieler zum 84. Geburtstag
Ruth Witt zum 83. Geburtstag
Dipl.-Ing. Joachim Vogt zum 74. Geburtstag
Erich Willi Lüderitz 72. Geburtstag
Herbert Jellinek zum 67. Geburtstag
Fritz Stock zum 66. Geburtstag
Reiner Riegg zum 65. Geburtstag

CDU fordert strafrechtliche Verfolgung von Graffiti-Delikten



Der tragische Tod eines Sprayers vor wenigen Wochen auf der Autobahn hat ein schreckliches Schlaglicht auf die Graffiti-Szene in Magdeburg geworfen.
Foto: Tobias Krull

Immer wieder werden historische Gebäude, frisch renovierte Hausfassaden und sogar Eisenbahn-Waggons mit illegalen Graffiti verunstaltet. Die Mehrheit der Bevölkerung empfindet sie als störend und fühlt sich belästigt. Für die Eigentümer - egal ob Privatpersonen, Unternehmen oder die Stadt - gibt es neben dem Ärger zumeist auch erhebliche Kosten. Treten Graffiti gehäuft auf, so dass ganze Straßenzüge "verziert" werden, hat dies zumeist auch schwere wirtschaftliche Folgen: Mieter fühlen sich nicht mehr wohl und ziehen aus, Händler und Kleingewerbe verlieren ihre Kunden und müssen ihre Geschäfte schließen, Vermieter haben unter steigendem Leerstand zu leiden und der Stadt fehlen entsprechende Steuereinnahmen.

Diskussionen, ob es sich bei Graffiti um Kunstwerke oder Farbschmierereien handelt, werden schnell überflüssig, wenn sie ohne Einwilligung des Eigentümers der besprühten Fläche angebracht werden. Und wie Polizeipräsidentin Monika Liebau-Foß klar stellt, begehen Graffiti-Sprayer in diesen Fällen eine Sachbeschädigung gemäß §§ 303 und 304 Strafgesetzbuch, für die sie straf- und zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können. "Entscheidend ist die Feststellung einer Substanzverletzung", so Frau Liebau-Foß.

"Nach einem Gutachten von Sachverständigen der Handwerkskam-

mer Magdeburg liegt beim Sprayen und/oder bei der Beseitigung von Graffiti (außer auf Industrieglas) immer eine Substanzverletzung vor", erläutert die Polizeipräsidentin.

Die Situation in **Magdeburg: zählte die Polizei 1999 noch 384 Farbschmierereien im Stadtgebiet, waren es 2001 bereits 398 und im Jahr 2003 sogar 1235 GraffitiStraftaten.** Sollte sich am bisherigen "zurückhaltenden" Vorgehen der Justiz nichts ändern, befürchtet die Magdeburger Polizei in diesem Jahr einen weiteren Anstieg dieses Deliktes. Mit Blick auf die anstehenden Feierlichkeiten zum 1200-jährigen Jubiläum (2005) und die damit erhofften Touristenströme ist das sicherlich keine erfreuliche Aussicht.

Dabei gibt es in Magdeburg durch-

aus vorzeigbare Erfolge: Seit 1998 gehen Polizeidirektion und Jugendamt der Stadt das Problem gemeinsam an. So wurden Möglichkeiten zum **legalen Sprayen, beispielsweise im Fußgänger-tunnel am Damaschkeplatz** (Hauptbahnhof), geschaffen. Zugleich stieg der Erfolg der kriminalpolizeilichen Ermittlung in den zurückliegenden Jahren erheblich: konnten 1999 erst 3,6 % der GraffitiStraftaten aufgeklärt werden, waren es 2001 bereits 19,1 % und im Jahr 2003 sogar 43,2 % aller Fälle!

Doch immer wieder wird die Arbeit von Polizei und Justiz erschwert, da Graffiti-Straftaten nicht ausdrücklich als Sachbeschädigung in §§ 303 und 304 des Strafgesetzbuches aufgeführt sind. Schon seit Längerem fordern Rechtsexperten deshalb eine entsprechende Überarbeitung der Paragraphen. Bisher jedoch verhinderten die Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Grüne, PDS und SPD entsprechende Gesetzesinitiativen der Christdemokraten.

Und während sich die Bürger unserer Stadt über die Schmierereien ärgern und für die Graffiti-Beseitigung jedes Jahr mehrere Hunderttausend Euro ausgeben müssen, bezeichnete der Grüne-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele bei der Bundestagsdebatte im Januar Graffiti als "**wirkliche Kunstwerke oder Kunsthandwerksprodukte**". Und es ist doch Hohn,

wenn der SPD-Abgeordnete Michael Hartmann Graffiti-Schmierereien als Vandalismus bezeichnet, dann aber entsprechende Gesetzesänderungen ablehnt. Die Magdeburger CDU fordert die rot-grüne Bundesregierung auf, endlich ihre Blockadehaltung aufzugeben und im Sinne der Bürger zu entscheiden!

Denn solange von Seiten der Justiz die GraffitiStraftaten nicht konsequent verfolgt werden (können), wird die Sprayer-Szene in Magdeburg und im ganzen Land weiteren Zulauf erfahren. Wenn jedoch - das Beispiel Sangerhausen beweist es! - justitielle Entscheidungen herbei geführt werden, brechen die Sprayer-Gruppen schnell auseinander. Auch Magdeburgs Polizeipräsidentin Monika Liebau-Foß begrüßte die "hohe erzieherische Wirksamkeit" dieser Gerichtsverfahren.

Die abschreckende Wirkung eines Urteils, egal ob mit der Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit oder zur Wiedergutmachung/Schadensersatz, ist erheblich. Darum fordert die CDU Magdeburg ein konsequentes Durchgreifen der Justiz gegen die illegalen Sprayer. Immerhin sind Dank der kriminalpolizeilichen Ermittlungen mittlerweile 43 Prozent aller Graffiti-Straftaten in Magdeburg aufgeklärt und die (zumeist jugendlichen) Straftäter bekannt.

Jürgen Scharf
Kreisvorsitzender CDU Magdeburg



Tacke & Köppe GbR
Ladenbau & Tischlerei

*Planung und Bau
hochwertiger Inneneinrichtungen*





Tacke & Köppe GbR - Am Stadtweg 13 - 39167 Hohendodeleben
Tel. 039204 61540 - www.tacke-koeppe.de - info@tacke-koeppe.de

Verkehrswegefinanzierung zur Chefsache machen

Die Bundesregierung sollte sich nach dem Maut-GAU nicht mit fehlplatzierten Schuldzuweisungen an die Industrie beschäftigen, sondern sich schleunigst um Schadensbegrenzung bemühen. Dies gilt in erster Linie für die immense Finanzierungslücke bei den Verkehrsinvestitionen als gravierendste Folge.

Der Verkehrshaushalt ist in diesem Jahr mit erheblichen Einnahmeausfällen konfrontiert. Durch die fehlenden Einnahmen wird die Bedarfsplanung im Bundesverkehrswegeplan zur Makulatur. Erst unlängst noch hatte Stolpe versichert, dass die ostdeutschen Verkehrsprojekte mit höchster Priorität gebaut werden. Jetzt gibt es

schon die ersten Baustopps wegen fehlender Finanzmittel, so in Thüringen (Schiene) und auch Sachsen-Anhalt (Wasserstraße). Durch die Ausfälle bei der Maut dürfen die ostdeutschen Verkehrsprojekte nicht in Frage gestellt werden. Der Weiterbau der ostdeutschen Verkehrsprojekte ist notwendiger denn je.

Die Union fordert Bundeskanzler Schröder daher auf, dieses existentielle Thema zur Chefsache zu machen und ein schlüssiges Finanzierungskonzept zu entwickeln.

Dabei muss die Bund-Länder-Vereinbarung wieder in Kraft gesetzt werden, nach der die Mauteinnahmen zusätzlich der Verkehrsinfra-

struktur zugute kommen sollten. Das bedeutet, dass die entgegen dieser Vereinbarung vorgenommene Kürzung im Verkehrsetat von mehr als zwei Mrd. Euro wieder zurückgenommen werden muss.

In das Konzept müssen außerdem zwingend die infrastrukturellen Anforderungen der EU-Osterweiterung einbezogen werden. Schließlich muss sichergestellt werden, dass die für die Fußballweltmeisterschaft 2006 erforderlichen Baumaßnahmen zeitgerecht starten können.

Die Union erwartet darüber hinaus, dass die Bundesregierung zum Thema Lkw-Maut weiterhin mit der EU im Gespräch bleibt,

damit - spätestens zeitgleich mit der nach wie vor anzustrebenden Realisierung der Maut - in Brüssel Akzeptanz unter Einbeziehung der notwendigen Harmonisierung für das deutsche Transportgewerbe erreicht wird.

Schließlich ist eine Initiative zu starten, die Vorstellungen entwickelt, wie das Instrument Public-Private-Partnership trotz dieses ungeheuer schädigenden Ereignisses weiter in der Diskussion gehalten und stärker ausgebaut werden kann. Es kann nicht angehen, dass ein solch sinnvolles alternatives Finanzierungsinstrument wegen verfehlter Politik nicht zum Tragen kommt.

Bernd Heynemann, MdB

Mehr Transparenz für die Bürger im neuen Rathaus

Wer die Bauarbeiten seit dem Start der Sanierung beobachtet hat, musste den Eindruck gewinnen, dass das historische Rathaus nunmehr nur noch eine leere Hülle sei. Ungezählte LKW-Ladungen mit Schutt verließen die Baustelle am Alten Markt. Um sich selber einen Eindruck über den Fortschritt der Bauarbeiten zu verschaffen, besuchten die Mitglieder des städtischen Vergabeausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr den Ort des Geschehens.

Was sie vorfanden, war ein praktisch bis auf die Grundmauern ent-

kerntes Gebäude. Durch die verschiedenen Räumlichkeiten führten neben Vertretern des städtischen Hochbauamtes auch die verantwortlichen Architekten sowie Mitarbeiter der bauausführenden Firmen.

Besondere Aufmerksamkeit fand der Rathaussaal, in dem der Tradition folgend, auch zukünftig der Stadtrat tagen soll. Anders als vorgesehen, musste der Boden herausgebrochen werden und soll im weiteren Bauverlauf neu betoniert werden. Bei den gesamten Bauplänen stand der Gedanke eines offenen, praktisch gläsernen Rathau-

ses Pate. Entsprechend sind alle Zugänge insbesondere zur Zuschauerbühne gestaltet. Die Kommunalpolitik soll auch in dieser Hinsicht für alle Bürger unserer Stadt transparent sein.

Die Einbeziehung der historischen Gebäudeteile war ein weiterer Interessenschwerpunkt der Teilnehmer aus dem Stadtrat und der Verwaltung. Hier wurde ein guter Interessenausgleich zwischen den Forderungen des Denkmalschutzes und den Anforderungen an ein modernes Verwaltungsgebäude gefunden. Aus heutiger Sicht werden sowohl der geplante

Kostenrahmen als auch die gesetzten Termine eingehalten. So soll der Wiedereinzug der Nutzer in der Jahresmitte 2005 stattfinden.

Nach der Fertigstellung des Bauvorhabens werden die Ratsfraktionen die Arbeitsbedingungen vorfinden, die sie zur bestmöglichen Erfüllung ihres Wählerauftrages benötigen.

Helfen sie bitte mit ihrer Stimme mit, dass die CDU-Ratsfraktion gestärkt in die neuen Räume des Alten Rathauses einziehen kann. Für eine bürgernahe Kommunalpolitik.

*Reinhard Gurcke
CDU-Stadtrat*

Impressum

Herausgeber:

CDU-Kreisvorstand Magdeburg
39104 Magdeburg
Hegelstraße 23

Redaktion:

Wilfried Köhler

Layout/Satz:

Birgit Uebe, Medien-
und Fotografiedesign
Tel. 0391 6076884

Druck:

Harzdruckerei Wernigerode

AUTOGLAS-KLINIK DER FACHMANN



Olaf Geuder
Halberstädter Str. 51-53
39112 Magdeburg
(auf dem Gelände
der Autokraft GmbH)

Tel. 0391 6075581 • Funk 0160 2181236

Starkes Magdeburg kontra Verlassene Stadt

Unsere Stadt ist Landeshauptstadt, Knotenpunkt in Europa, Oberzentrum für die Bevölkerung von Stadt und Land und international in Forschung und Lehre!

In der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung am 10. März 2004 haben auf Einladung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU(kpv) im Intercity-Hotel in Magdeburg Vertreter der Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt zur Stadtentwicklung der Zukunft vorgetragen. Besondere Betrachtung verdient danach der extreme Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. Folge ist die "Verlassene Stadt", die mit 2,3 Mio. Einwohnern die größte unserer ost-

deutschen Städte ist. Stadtentwicklung bedeutet deshalb inzwischen vorrangig Umbau, Rückbau, Abriss! Tausende leer stehender Wohnungen und Industriegrundstücke verlangen nach Entschlusskraft.

Stadtumbau -Ost ist die Möglichkeit der Stadtentwicklung der Zukunft. Die Fördermöglichkeiten müssen beschleunigt genutzt werden. Bauminister Daehre hat wiederholt entschlosseneres, zielstrebiges Handeln angemahnt. Die Fördermittel sind bisher erst teilweise abgefordert. Nachdem auch im Westen, insbesondere im Ruhrgebiet eine ähnliche Bevölkerungsentwicklung festgestellt wird, sollten wir hier die ver-

fügbaren Mittel (vor ihrer Umschichtung) für Magdeburg einsetzen.

Zusätzlich fordert die kpv wiederholt von Bund und Land die Finanzmittel, die der Aufgabenstellung der Landeshauptstadt notwendig sind, bereit zu stellen. Mit einer gestärkten Mehrheit wird die CDU effektiver für nutzungs- und bedarfsorientierte Verwendung der vorhandenen Ressourcen in der Stadt sorgen können. Die kpv will dabei unterstützend, beratend mitwirken.

Die besondere Bedeutung der Europawahl in diesem Jahr wird erneut aufgezeigt. Es geht um die Existenz der Selbstverwaltung unserer Stadt. Der von den Bürgern der Stadt

gewählte Rat muss weiterhin entscheiden können, was in der Stadt geschieht. Noch einmal ruft die kpv zum Gang an die Urne auf. Mit zwei Bewerberinnen aus Magdeburg im Rennen um Sitz und Stimme in Straßburg auf der Liste der CDU Sachsen-Anhalt bestehen gute Chancen auch einen Sitz im Europäischen Parlament zu gewinnen. Eine starke CDU im Rat der Landeshauptstadt und im Europäischen Parlament wirken für ein starkes Magdeburg und eine positive Stadtentwicklung zum Wohle der Bürger. Dafür lohnt jeder Einsatz.

Herbert Becker

(Vorsitzender kpv Magdeburg)

Wertegemeinschaft der EU verlangt Versöhnung mit den Vertriebenen Erklärung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung

Am 1. Mai werden zehn neue Mitgliedstaaten in die EU aufgenommen, unter ihnen auch Tschechien und Polen. Alle neuen Mitgliedsländer gehören zum europäischen Kulturkreis, und aus diesem Grunde begrüßen wir grundsätzlich ihre Aufnahme in die EU.

Die beiden genannten Länder waren nach dem 2. Weltkrieg an der Vertreibung von Deutschen aus ihrer Heimat beteiligt. Die Deutschen wurden nicht nur aus ihrer Heimat vertrieben, sondern auch entschädigungslos enteignet. Bei der Enteignung und Vertreibung wurden Millionen Deutsche

ermordet oder sie kamen durch Hunger und Elend ums Leben. Das Tragische daran war, dass diese Verbrechen nach Beendigung des 2. Weltkrieges begangen wurden. Durch Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 wurden in der Tschechoslowakei sogar Mörder straffrei gestellt. Die Enteignungsdekrete wurden vom damaligen Präsidenten der Tschechoslowakei, Benesch, unterzeichnet und sind daher als Beneschdekrete bekannt.

Die Regierung der Tschechischen Republik bekennt sich auch heute noch zu diesen Dekreten und zum

Gesetz Nr. 115 und verstößt damit eklatant gegen die Charta der Grundrechte der EU vom Dezember 2000. Wir sind deshalb der Auffassung, dass die Aufnahme dieser Staaten nicht ohne jede Vorbehalte auf die ungesühnten Verbrechen erfolgen durfte, zumal die tschechi-

sche Regierung in einer Resolution der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 2. 11. 2001 zur Entschädigung und Wiedergutmachung aufgefordert wurde. Die EU sollte eine Wertegemeinschaft sein, nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft.

Aufbau Ost ist kein Automatismus

Die Ostabgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion haben kürzlich beschlossen, sich nicht mehr als "Ostgruppe" zu Themen und Schwerpunkten des "Aufbaus Ost" zu treffen und zu beraten. Dies verwundert um so mehr, als das Fachgebiet der Neuen Länder schon auf die Person Manfred Stolpe zugeschnitten und im Ausschuss Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und Aufbau Ost angehängt ist.

Eine solche Aufgabe von Positionen, auch in Anbetracht der anstehenden Osterweiterung der EU, ist als verantwortungslos zu bezeichnen und mit der CDU nicht zu machen. Die Ostabgeordneten der CDU-Bundestagsfraktion werden auch weiterhin dieses Forum nutzen, um den neu-

en Ländern im Gestaltungsprozess Deutschlands und Europas ein Gewicht und Stimme zu verleihen. Unterstützung dabei gibt es auch vom Kandidat der Union und FDP für das Bundespräsidentenamt, Horst Köhler, der in seiner Ansprache an die CDU/CSU-Fraktion die Wichtigkeit der Niveauleichung der alten und neuen Länder betonte. Ein Nachlassen im Eintreten für die Belange der jungen Bundesländer wäre eine Kapitulation vor den großen Herausforderungen der Zukunft. So gesehen ist damit der "Aufbau Ost" von der Kanzlerchef-sache in der SPD zum lästigen Rucksack geworden, den man jetzt abgelegt hat.

*Bernd Heynemann
MdB und Stadtrat*

Schlafen Sie sich gesund!



Wasserbetten auf zwei Etagen

Darüber hinaus führen wir
TEMPUR-Malratzen und -Kissen.

Herzlich willkommen in unserem Studio
oder im Internet.



39130 Magdeburg • Weizengrund 2
Telefon 0391 7222233 • www.wasserbetten-r-w-m.de




Unsere Highlights für Sie

16.05.2004 Tanztee für Junggebliebene
 22.05.2004 Candle Light Dinner für 20,00 EUR p.P.
 inkl. 1/5 Liter Wein Ihrer Wahl

23.05.2004 Tanztee für Junggebliebene
 30.05.2004 Pfingstbrunch für 19,50 EUR p.P.
 30.05.2004 Tanztee für Junggebliebene

06.06.2004 Tanztee für Junggebliebene
 13.06.2004 Tanztee für Junggebliebene
 20.06.2004 Familienbrunch für 18,00 EUR p.P.
 20.06.2005 Tanztee für Junggebliebene
 26.06.2004 Candle Light Dinner für 20,00 EUR p.P.
 inkl. 1/5 Liter Wein Ihrer Wahl
 27.06.2004 Tanztee für Junggebliebene

04.07.2004 Tanztee für Junggebliebene
 11.07.2004 Tanztee für Junggebliebene
 18.07.2004 letzter Tanztee
 für Junggebliebene vor der Pause

RAMADA HOTEL MAGDEBURG
 Hansapark 2 - 39116 Magdeburg - Tel. (03 91) 63 63-0 - Fax (03 91) 63 63-550
 E-Mail: magdeburg@ramada.treff.de - www.ramada.treff.de

EVERYTHING EXCEPT EXCESS!



Zaun- & Metallbau Marko Ehwe

Metallbaumeister - Europaschweißfachmann - Mitglied der Metallbauer-Innung Magdeburg

Tore - Türen - Zäune



- aus PVC weiß oder PVC mit Holzdekor
- Stahl verzinkt und pulverbeschichtet
- Kunstschmiedezäune aus Stahl
- Aluminiumzäune pulverbeschichtet
- Edelstahlzäune und Pfosten
- elektrische Torantriebe
- Normstahl - Garagentore
- in allen RAL-Farben lieferbar

Zaun- & Metallbau Marko Ehwe, Babelsberger Straße 5, 39114 Magdeburg
 Telefon: 0391 8520152, Telefax: 0391 8520153, Funk: 0171 5174174, E-Mail: info@ehwe.de, Internet: www.ehwe.de

Tore • Türen • Zäune • Geländer • NORMSTAHL - Garagentore • Schlosserarbeiten